

Der Klimawandel, die Politik und die Gewerkschaften: Vom "industriellen Klassenkonflikt" zum "sozial-ökologischen Transformationskonflikt"

Budrich, Edmund

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Verlag Barbara Budrich

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Budrich, E. (2022). Der Klimawandel, die Politik und die Gewerkschaften: Vom "industriellen Klassenkonflikt" zum "sozial-ökologischen Transformationskonflikt". *GWP - Gesellschaft. Wirtschaft. Politik*, 71(1), 89-96. <https://doi.org/10.3224/gwp.v71i1.10>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

Der Klimawandel, die Politik und die Gewerkschaften

Vom „industriellen Klassenkonflikt“ zum „sozial-ökologischen Transformationskonflikt“

Edmund Budrich

Die Lage

Der Schutz der Umwelt, der Kampf gegen den Klimawandel führen zu großen Umstrukturierungen in der Industrie. Besonders wichtig:

- der Kohleausstieg (Bergbau und Energie)
- das CO₂-Management (Verkehr, Automobil)

Umstrukturierungen bedeuten nicht zuletzt Abbau von Arbeitsplätzen. Das ruft die Gewerkschaften, besonders die der betroffenen Branchen auf den Plan (Metall, BCE) und die Dachorganisation DGB. Diese setzen sich mit der Politik auseinander, um die Interessen ihrer Mitglieder zu verteidigen.

Die politischen Parteien in Regierung und in Opposition, die bei allen Aktivitäten ihre Wählerinnen und Wähler im Blick haben, treten als Unterstützer (arbeiternah), aber auch als Bremser (wirtschaftsnah) der gewerkschaftlichen Positionen auf. Die rechtsextreme AfD macht sich zur sozial kompetenten Sprecherin der betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und versucht, auf diese Weise – durchaus mit Erfolg – politischen Einfluss zu gewinnen.

Nachdem die Gewerkschaften, insbesondere die IGBCE und Metall deutlich zu einem Verständnis für die Umweltpolitik der Regierung neigen, scheint es, als gebe es keine Kontroverse mehr. Allerdings finden sich durchaus Sollbruchstellen in den Forderungen an die alte (bis 2021) und die neue (ab 2022) Regierung, in der gewerkschaftsinternen Kritik von Links und in der Konterkarierung gewerkschaftlicher Aktivitäten durch Rechtsextreme.



Edmund Budrich
Mitherausgeber und Redakteur von GWP

Die Politik der Bundesregierung (vor der Bundestagswahl 2021)

Das entscheidende Stichwort lautet „Strukturwandel“. Die Regierung verspricht das Einsetzen einer Kommission (der sog. „Kohlekommission“).

Mit Bezug auf die Pariser Klimakonferenz gibt die Bundesregierung die Konstituierung der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ bekannt:

Mit dem Klimaabkommen von Paris hat sich die Weltgemeinschaft das Ziel gesetzt, die Erderwärmung auf deutlich unter zwei Grad Celsius und möglichst auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen. Zur Erfüllung des Abkommens hat die Bundesregierung im November 2016 den Klimaschutzplan 2050 für Deutschland beschlossen.¹ (...)

Mit der Umsetzung des Klimaschutzplanes wird sich der Strukturwandel in vielen Regionen und Wirtschaftsbereichen (Sektoren) beschleunigen. Dies gilt insbesondere für den Wirtschaftsbereich Energieerzeugung. Die damit einhergehenden Veränderungen dürfen jedoch nicht einseitig zu Lasten der kohlestromerzeugenden Regionen und ihrer Beschäftigten gehen. Die Regierungsparteien (CDU/CSU und SPD) haben sich in ihrem Koalitionsvertrag 2018 daher darauf verständigt, die Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ einzusetzen.

<https://www.bmu.de/themen/klimaschutz-anpassung/klimaschutz/nationale-klimapolitik/kohlekommission>

Der Kommission gehörten 28 stimmberechtigte Mitglieder an: Vertreter/innen von Wirtschafts- ebenso wie Umweltverbänden, von betroffenen Regionen und von Gewerkschaften, u.a. Michael Vassiliadis, SPD-Mitglied, Vorsitzender der Industriergewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE).

Die Kommission legte im Januar 2019 ihren Abschlussbericht² vor, in dem sie sich für ein Ende der Kohleverstromung bis 2038 aussprach und ihre Ergebnisse vorstellte.

Die Gewerkschaften

Seit 1949 hat sich die Arbeitswelt grundlegend verändert. Anfang der 1950er Jahre waren gut 50 Prozent aller Erwerbstätigen Arbeiter, heute sind es nur noch rund 16 Prozent. In absoluten Zahlen: Weniger als sieben Millionen Menschen sind heute im wiedervereinigten Deutschland als Arbeiter beschäftigt, 1960 waren es allein im alten Bundesgebiet über 13 Millionen, also fast doppelt so viele. (...)

Einige Gewerkschaften haben versucht, durch sog. „Organizing“ (...) neue Mitglieder zu gewinnen. Darunter versteht man öffentlichkeitswirksame Kampagnen, die sich gegen einzelne gewerkschaftsfeindliche Unternehmen richten. (...) Zeitlich begrenzt werden auch mit Nicht-Regierungsorganisationen (NGO's) wie z. B. Attac Koalitionen eingegangen, selbst wenn diese teilweise andere Ziele verfolgen. Die bisherigen Erfahrungen damit sind nicht ermutigend.

Hermann Adam, Gewerkschaften heute, GWP 4/2021, S. 487ff.

Vor allem IG Metall, IG BCE und der Dachverband DGB vertreten Millionen von Arbeitnehmer:innen, deren Arbeitsplätze in Gefahr sind.

Pragmatismus?

Die Gewerkschaften haben in früheren Zeiten verschiedentlich erheblichen (moralischen) Pragmatismus bewiesen, was die Funktion der Arbeitsplätze angeht, so dass jetzt von verschiedenen Seiten die Frage aufkommt, ob sie die Interessen ihrer Mitglieder auch bei der Umweltproblematik gegenüber denen der Gesamtgesellschaft bevorzugen.

In einer Deutschlandfunk-Sendung (August 2021) von Caspar Dohmen heißt es:

Im Verlauf der vergangenen zehn Jahre standen Gewerkschaften häufig auf der Bremse im Kampf gegen die Klimakrise. Die IG Metall betrieb etwa eine Interessenpolitik für den Benzinmotor. Und die Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie – kurz IG BCE – machte Selbiges für die Braunkohle. „Solange es keine alternative Wertschöpfung oder alternative Arbeitsplätze gibt, dann ist es die Aufgabe von Gewerkschaften, das Alte zu schützen, das muss so sein“, sagt Kajsa Borgnäs. Sie leitet die „Stiftung Arbeit und Umwelt“ der IG BCE.

<https://www.deutschlandfunk.de/schwieriger-balanceakt-die-gewerkschaften-und-der-100.html>

Und in der TAZ schreibt Thomas Gesterkamp im Dezember desselben Jahres u.a.:

(...) Ist es den Interessenvertretungen egal, womit Beschäftigte ihr Geld verdienen? Wenn es um die Existenz von Unternehmen geht, zählen in den Arbeitnehmerverbänden moralische Bedenken relativ wenig. Das gilt für den Umgang mit Waffenherstellern und erst recht im Kampf gegen die Erderwärmung. Die konservative Industriegewerkschaft Bergbau-Chemie-Energie warnt regelmäßig vor einem frühen Ausstieg aus der Braunkohleverstromung, den Klimaktivist:innen eindringlich anmahnen.

Auto-Betriebsräte versuchen das Verbot des Verbrennungsmotors auszubremsen, im ersten Corona-Lockdown verlangten sie wie in der Finanzkrise staatliche Abwrackprämien beim Kauf von Neuwagen. Als die schwarz-rote Koalition dies verweigerte und selbst die gewerkschaftsnahe Sozialdemokratie nicht mitzog, kamen scharfe Reaktionen aus der IG Metall und vom DGB-Bundesvorstand.

<https://taz.de/Gewerkschaften-und-Klimapolitik/15817314/>

Strategische Umorientierung

Unter dem Titel „Fantasievoller Kompass für die IG Metall“ bespricht Johannes Schulten ein vom Jenaer Soziologen Klaus Dörre und anderen herausgegebenes Buch³:

„... Einer der wenigen (linken) Wissenschaftler, die in den vergangenen Jahren stetig an der Entwicklung von strategischen Orientierungen für eine gewerkschaftliche Praxis in der Klimakrise gearbeitet hat, ist der Jenaer Soziologe Klaus Dörre. Ein Beispiel ist das Konzept einer IG Metall als »progressivem Akteur einer Nachhaltigkeitsrevolution«. Dörre verzichtet dabei weitgehend auf moralische Begründungen, sondern argumentiert mit dem (langfristigen) Interesse der Mitglieder. Eine »konservierende« Gewerkschaftspolitik nämlich, wie sie etwa die IG Bergbau, Chemie, Energie im Hinblick auf die Kohleverstromung praktiziert, würde die Zukunftschancen der Beschäftigten bereits mittelfristig verschlechtern. (...) Grundidee: Die »Konfliktdynamik« der modernen kapitalistischen Gesellschaften hat sich gewandelt. Angesichts der Klimaherausforderungen müssen Gewerkschaften sogar bei Kämpfen um Beschäftigungssicherung die ökologischen Folgen ihres Handelns berücksichtigen. Aus dem bisher prägenden »industriellen Klassenkonflikt« wird so ein »sozial-ökologischer Transformationskonflikt«. ...“

<https://www.nd-aktuell.de/artikel/1147081.klimakrise-fantasievoller-kompass-fuer-die-ig-metall.html>

Die sozial-ökologische Transformation

2021 wird ein neuer Bundestag gewählt, aus dem eine neue Bundesregierung hervorgeht. Beispielhaft formuliert die IG Metall im Oktober 2021 ihre Forderungen.

....In einem Aufruf zu einem Aktionstag am Freitag kommender Woche verlangt die Gewerkschaft (IG Metall) bis 2030 öffentliche Investitionen von 500 Milliarden Euro in Infrastruktur, Zukunftstechnologien und die Qualifizierung der Beschäftigten.

Die Schuldenbremsen von Bund und Ländern müssten im Sinne einer investiven Politik reformiert werden, heißt es in einem gemeinsamen Forderungspapier von IG Metall und BUND. ...

Ohne eine starke Industrie werde es keine sozial-ökologische Transformation geben, die nicht in Wohlstands- und Beschäftigungsverlusten enden werde, sagte Jörg Hofmann, Vorsitzender der IG Metall. Deutschland müsse auch in Zukunft Industrieland bleiben. Davon hingen hunderttausende Arbeitsplätze in diesem Land ab.

<https://live.vodafone.de/news/inland/gewerkschaft-und-umweltverband-ig-metall-und-bund-fuer-abbau-klimaschaedlicher-subventionen/11140013>

Das veränderte Verhalten der Gewerkschaften kommentieren z.B. Michael Bauchmüller und Thomas Hummel in der Süddeutschen Zeitung vom September 2021:

Dem DGB gehören aber die IG Bergbau, Chemie und Energie (IG BCE) oder die IG Metall an, die Tausenden Beschäftigten erklären müssen, dass die Erhaltung ihrer derzeitigen Jobs auf Dauer unrealistisch ist. Etwa in der Kohle oder in der Zulieferindustrie für Verbrennermotoren. Doch sie sehen offenbar, dass diese Entwicklung nicht mehr aufzuhalten ist...

Wie sehr sich die Stimmung gedreht hat, das beweist vielleicht keiner so wie Michael Vassiliadis, der Chef der IG BCE. In der Vergangenheit saßen hier, im Reich von Bergbau, Chemie und Energie, nicht die größten Fans von Energiewende und Klimaschutz. Kohlekumpels und Kraftwerker bangten um ihre Jobs, die Chemie sorgte sich wegen hoher Energiepreise. Vassiliadis kämpfte in der Kommission zum Kohleausstieg für ein nicht zu frühes Enddatum und Kompensationen für die Beschäftigten. „Aber das Thema ist über den Berg“, sagt Vassiliadis heute. „Im Kern ist in der ganzen Organisation klar, dass das Thema durch ist. Auch in der Kohle.“

Der Wandel ist nicht mehr aufzuhalten, also will man ihn gestalten – zumal mit den Umfragewerten der SPD derzeit ein guter Draht ins Kanzleramt in Aussicht steht. Allerdings müsse immer auch klar sein, „dass die Menschen nicht ins Bodenlose fallen“, sagt Verdi-Chef Werneke. Man müsse die Abstiegs- und Verlustängste ernst nehmen. Sein Gegenmittel: „Investitionen, Investitionen und Investitionen.“ Aus der Privatwirtschaft, aber auch aus öffentlichen Haushalten...

<https://www.sueddeutsche.de/politik/klimaschutz-arbeitsplaetze-gewerkschaften-1.5402917>

Der DGB als gewerkschaftliche Dachorganisation hatte allerdings in seinem Wahlcheck im August sehr konkrete Forderungen gestellt, die nicht leicht zu erfüllen wären.

So kann Klimaschutz sozial gerecht gestaltet werden:

- Bestehende Wirtschaftsstrukturen klimaneutral umbauen und vorhandene Wertschöpfungsnetzwerke aus Industrie und Dienstleistungen erhalten
- Ausbau einer nachhaltigen Energie-, Verkehrs- und digitalen Infrastruktur, Beschäftigte umfassend qualifizieren, gute Arbeitsbedingungen und zukunftsfähige, mitbestimmte Arbeitsplätze schaffen
- Öffentliche und private Investitionen in die Transformation ausweiten und fördern, etwa durch einen Transformationsfonds
- Klimaschutzverträge einführen
- Beschleunigter Ausbau erneuerbarer Energien und Aufbau einer Wasserstoff-Wirtschaft
- Stromkosten für Unternehmen und private Haushalte senken, etwa durch Steuerfinanzierung der EEG-Umlage
- Proaktive Strukturpolitik für die Regionen, Transformationsräte einrichten

<https://www.dgb.de/bundestagswahl-2021/wahlcheck/klima>

Die Ampel-Koalition

Aus der Bundestagswahl 2021 geht die „Ampel“-Koalition von SPD, Grünen und FDP hervor. Der Koalitionsvertrag setzt neue Akzente, z.B. Kohleausstieg schon 2030 und nicht erst 2038. Die IG Metall mahnt adäquate Arbeitsplätze an ...

Wenn die neue Regierung den Ausbau von Erneuerbaren Energien, Gaskraftwerken und Leitungen zügig genug vorantreibe, könne die in der „Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ bereits angelegte Überprüfung des Kohleausstiegs vor 2038 angegangen werden. „Wenn das allerdings nicht schnell genug erfolgt, halte ich das für illusorisch und unverantwortlich“, machte Vassiliadis deutlich. Der Koalitionsvertrag zeige aber, dass sich die „Ampel“ der Größe der Herausforderung bewusst sei. (...) Vassiliadis forderte, dass die neuen Kapazitäten – Gas, Erneuerbare, Wasserstoff-Elektrolyse und -speicher – verstärkt dort aufgebaut werden, wo heute schon Deutschlands Energie herkommt: in den Braunkohlerevieren. Nur so werde man die jungen Beschäftigten in der Kohleverstromung von Arbeit in adäquate Arbeit bringen zu können. „Das haben wir den Menschen versprochen, da steht auch die Politik im Wort“, so Vassiliadis. „Der Strukturwandel in den Kohlerevieren wird sozial und wirtschaftlich nur dann erfolgreich sein, wenn wir gute Industriearbeit durch gute Industriearbeit ersetzen. Davon ist bislang zu wenig zu sehen.“

<https://igbce.de/igbce/chance-fuer-weiterentwicklung-guter-industriearbeit-in-der-transformation-200470>

... warnt vor den (inzwischen realisierten) Taxonomieplänen (Nachhaltigkeit bestimmter Energierarten) der EU und schließt ein Comeback der Atomindustrie aus.

Scharfe Kritik übte Vassiliadis daran, dass der Ausbau der Gasverstromung durch die aktuellen Taxonomiepläne der EU torpediert werde. Die derzeit in der Endabstimmung befindlichen Richtlinien für klimagerechte Investitionen seien bei der Gaskraft nicht zu erfüllen, kritisierte er. „Damit gefährdet die EU die Energiewende, die Versorgungssicherheit und die energieintensiven Industriebranchen in Deutschland.“

Ohne einen radikalen Ausbau der Gasverstromung werde es keine erfolgreiche Energiewende und auch kein Vorziehen des Kohleausstiegs geben können, prognostizierte der Gewerkschaftschef. Er wolle nicht sagen, dass der von der Ampelkoalition ins Auge gefasste Kohleausstieg bis 2030 unmöglich sei, so Vassiliadis. „Ich halte ihn aber unter den jetzigen Bedingungen für unrealistisch.“

Einem möglichen Comeback der Atomkraft, etwa durch eine Laufzeitverlängerung der verbliebenen drei deutschen Meiler, erteilte der Gewerkschafter eine klare Absage. „Niemand will das, und es rechnet sich auch wirtschaftlich nicht“, sagte er. „Das Thema ist durch.“

<https://www.rnd.de/wirtschaft/ig-bce-pocht-auf-tarifabschluss-obenhalb-der-inflation-5WQSEXSZYWZECTA77UP45S5U2AM.html>

Die innergewerkschaftliche linke Kritik

Forderungen an die Ampelkoalition und Warnung vor blindem Vertrauen in alte Beziehungen. Im Online-Magazin Sozialismus.de, Heft 1-2022 (Mitteilungsblatt linker Gewerkschafter) schreiben Hans-Jürgen Urban (Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall) und Christoph Ehlscheid (Leiter des Funktionsbereichs Sozialpolitik beim Vorstand der IG Metall):

„Gegen den Regierungsauftrag einer sozial-ökologischen Transformation ist nichts einzuwenden. Im Gegenteil: Über die Notwendigkeit und Dringlichkeit einer klimapolitischen Wende besteht ein breiter gesellschaftlicher Konsens. Gewerkschaften und Sozialverbände haben die ökologischen Umbauziele unterstützt und soziale Nachhaltigkeitsziele adressiert. Aber: Sozialpolitisch gibt es Leerstellen (...) Und: Die Gewerkschaften sollten sich nicht der Illusion hingeben, dass die Ampel-Koalition unter einem sozialdemokratischen Kanzler – gleichsam aus alter Verbundenheit und von sich aus – ge-

werkschaftliche Forderungen zu erfüllen bereit und in der Lage wäre. Soll sich der ökologische Wandel wirklich fair – will sagen: sozial, ökologisch und demokratisch – vollziehen, dürfen auch die Infragestellung der Profit- und Wachstumszwänge einer kapitalistischen Ökonomie kein Tabu darstellen.“

<https://www.labournet.de/category/politik/gw/zielgruppen/gew-klima/>

Tadzio Müller in ND-online: Warnung vor Affinität zu rechten Positionen.

„Genossinnen und Genossen, liebe deutsche Linke: Wir müssen reden. Und zwar über die Rolle der deutschen Industriegewerkschaften – allen voran der IG BCE und der IG Metall – im Kampf für globale Klimagerechtigkeit. (...) Wir müssen die schwierige Debatte darüber beginnen, warum die Industriegewerkschaften in den letzten Jahrzehnten zu jenen gehört haben, die aktiv sozialökologische Transformationen in Schwerindustrieregionen verhindert oder zumindest verzögert haben und wie damit in Zukunft umzugehen ist. Wir müssen darüber reden, warum es in abgehängten früheren Industrieregionen eine so hohe Affinität zu rechten Positionen gibt; ob und wie das zu ändern ist.“

<https://www.nd-aktuell.de/artikel/1138054.klimagerechtigkeit-wir-muessen-reden.html>

... und noch schärfer und konkreter zur Sache geht Christian Zeller, Professor für Wirtschaftsgeographie Universität Salzburg: Entpolitisierung der Betriebsratsgremien

„... Die Herausforderungen für die Klimabewegung und ihre Verbündeten sind riesig. Wie lässt sich das gesellschaftliche Kräfteverhältnis so stark verändern, dass sich ein industrieller Um- und Rückbau verwirklichen lässt. (...)

Die Antworten der IG Metall auf diese Herausforderungen sind unangemessen. Die IG Metall propagiert ineffiziente synthetische Treibstoffe und setzt auf Elektroautos. (...) Die Gewerkschaften in den exportorientierten Sektoren ordnen sich weitgehend den Interessen der Konzerne unter. (...) Aufgrund der langjährigen Entpolitisierung der Betriebsratsgremien gibt es kaum gesellschaftspolitische Diskussionen. (...). Befragungen deuten darauf hin, dass an der gewerkschaftlichen Basis und unter Vertrauensleuten durchaus die Bereitschaft besteht, die ökologischen und gesellschaftlichen Herausforderungen in einem umfassenden Sinne anzupacken. Hierzu braucht es allerdings eigenständige gewerkschaftliche Ansätze, die von den Unternehmensstrategien unabhängig sind.“

<https://www.isw-muenchen.de/2021/12/oekosozialistische-strategie-industrieller-umbau-als-gemeinsames-projekt-von-klimabewegung-und-gewerkschaften/>

Gefahr von rechts

Mit dem Anschein sozialer Fürsorglichkeit macht sich die AfD die Gegebenheiten zunutze, dass Umweltpolitik Arbeitsplätze kostet, aber eben auch neue schafft. Auf kurze Sicht sieht man zunächst die Verluste. Damit operiert die Partei.

Der DGB beobachtet auch, dass die AfD die Strukturumbrüche in vielen Regionen und Branchen gezielt für sich nutzt – nicht nur in der Automobilindustrie, sondern zum Beispiel auch in den Kohleregionen. „Auf viele für die deutsche Wirtschaft wichtige Branchen – beispielsweise Energie und Verkehr – kommt ein riesiger Wandel zu“, sagt die DGB-Funktionärin Buntenschmidt: „Die Ängste vor Strukturbrüchen, Jobverlust und sozialem Abstieg versuchen die Rechtspopulisten in den Betrieben und der Arbeitnehmerschaft für sich zu nutzen. ...“

Auf das Wahlverhalten hat sich das zuletzt offenbar ausgewirkt, wie der DGB analysierte. In der Oberlausitz rund um Bautzen und Görlitz, einer von einem Aus bei der Kohleverstromung betroffenen Region, wurde besonders häufig rechts gewählt, die Debatte um einen wirksamen Klimaschutz nutzte der Partei. „Eine AfD, die den durch Menschen verursachten Klimawandel bestreitet, hat sich hier als vermeintlicher Retter von Arbeitsplätzen angeboten.“

<https://www.tagesspiegel.de/politik/dgb-contra-afd-nicht-die-partei-des-kleinen-mannes/25078640.html>

Emotionale Totschlagargumente der AfD im Internet. Beispiele:

„...Doch **Wohlstand und Natur sind heute massiv gefährdet durch eine Grüne Politik, der sich alle etablierten Parteien unterschiedslos verschrieben haben.** Auf Grundlage der nicht bewiesenen Hypothese eines allein menschengemachten Klimawandels wird unsere Industrie planwirtschaftlich umgebaut, gewachsene Kultur- und Naturlandschaften werden rücksichtslos zerstört sowie unsere Freiheiten beschnitten...“

Und gefordert wird (neben Selbstverständlichkeiten):

„Schutz unserer Landschaften und heimischen Tierarten durch die Eindämmung des Flächenverbrauchs von Solar- und Windkraft.

Kohleausstieg und CO₂-Steuer stoppen.“

<https://www.afd.de/umwelt/>

Und auf youtube erklärt Alice Weidel (stark photoshop-geschönt):

„Wir sind als einzige Partei gegen Verbote und die Vernichtung der deutschen Industriel!“

<https://www.youtube.com/watch?v=1e1PqCRkohI>

Die Praxis: Der vorgezogene Kohleausstieg: Länderbedenken

Die Ampel-Koalition will den Kohle-Ausstieg auf 2030 vorziehen und dafür den Ausbau der erneuerbaren Energien deutlich beschleunigen. Unter Berücksichtigung der Versorgungssicherheit solle das Aus des letzten Kohlekraftwerks auf 2030 vorgezogen werden, heißt es im Koalitionsvertrag von SPD, FDP und Grünen. Bisher war bis spätestens 2038 verankert. Dafür sollen Wind- oder Solarstrom massiv ausgebaut werden

Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Reiner Haseloff (CDU) hält einen vorgezogenen Ausstieg aus der Kohlekraft für kaum machbar. „Ich sehe es kritisch, ich sehe es wirtschaftlich nicht für umsetzbar“, sagte Haseloff bei einer Pressekonferenz am Dienstag. Er reagiert damit auf Pläne von SPD, Grünen und FDP im Bund, die bei ihren Sondierungen beschlossen hatten, möglichst früher als geplant aus der Kohleverstromung auszusteigen.

Es gehe auch um politische Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit, sagte Haseloff weiter. Das Versprechen, dass für jeden weggefallenen Arbeitsplatz ein neuer entsteht, könne bei einer Halbierung der Ausstiegszeit nicht gehalten werden. Die Transformation benötige Zeit. Der Kohleausstieg bis 2038 basiere auf einem Gesetz.

<https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen-anhalt/landespolitik/haseloff-frueherer-kohleausstieg-wirtschaftlich-nicht-machbar-100.html>

Wie weiter?

Grundsätzlich haben sich die Gewerkschaften positiv zur Umweltpolitik der alten wie der neuen Bundesregierung eingestellt. Stichwort: sozio-ökologische Transformation. Die radikale linke Kritik wird kaum stören können, politisch gefährlich ist die Abtauber-Taktik der Rechten. Es wird darauf ankommen, wie zügig und deutlich die Politik ihre Versprechungen umsetzt, was sich am deutlichsten in den betroffenen Regionen erweisen wird.

Am 13. Januar 2021 hielt Carsten Schneider, der neue Ostbeauftragte der neuen Bundesregierung, seine erste Rede im Amt im Bundestag. Er will mehr Arbeitsplätze in Ostdeutschland schaffen und das Lohndumping beenden.

Die Union kritisiert, dass sich Schneider noch nicht zum Kohleausstieg geäußert habe.

Anmerkungen

- 1 https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Downloads/A/abschlussbericht-kommission-wachstum-strukturwandel-und-beschaefigung.pdf?__blob=publicationFile&v=4
- 2 <https://www.bundesregierung.de/breg-de/service/publikationen/klimaschutzplan-2050-728886>
- 3 „Abschied von Kohle und Auto. Sozial-ökologische Transformationskonflikte um Energie und Mobilität“, herausgegeben von Klaus Dörre, Madeleine Holzschuh, Jakob Köster, Johanna Sittel erschien November 2020 im Campus Verlag.